



Vorausgegangenes Schreiben und dieses Schreiben werden im Internet veröffentlicht.

Mensch:
postalische Anschrift:

Amtsgericht Auerbach
Frau Edda Thomas (keine staatliche Richterin)
Parkstraße 1

D 08109 Auerbach

Fax: 03744 839 140

Mensch:
postalische Anschrift:

Wer ich bin?

*Ein Teil von jener Kraft,
die stets das Gute will und das Richtige schafft.
Ich bin ein Mensch, der stets verneint!
Und das mit Recht:
dem Falsches was entsteht
ist Wert, dass es zugrunde geht.
Drum besser wär 's wenn 's gleich schon echt.
So ist dem alles, was Ihr Recht,
Ordnung, kurz das Gute nennt
mein eigentliches Element.
Weil Ihr alles als Personen nennt,
wisst Ihr nicht, was man einen Menschen nennt.
Der Mensch ist vor dem Gesetz gleich,
eine Person ist hier das Weich.
Nur der Mensch hat eine Würde und Verstand,
für Personen gibt es hier nur eine Wand.
Die Person ist nur ein Schatten der Gewalten,
sie wird als Sklave und Knecht gehalten.
Die Person ist gefangen, der Mensch ist frei,
wie es auch in den Naturgesetzen sei.*

Sachsen den Mittwoch, 21. Februar 2024

Betreff: sogenannte Endurteil vom (hat kein Datum) // Schreiben vom 23.01.2024

Frau Edda Thomas,

im vorab teile ich Dir mit, **dass ich ein Mensch bin und keine Person!!!** Ich bin nur Nutznießer einer Person und übernehme für Personen keine Verantwortung.

Es ist zu Recht verboten die Menschen als Objekt, also als PERSON zu behandeln. (Bundesverfassungsgericht Beschluss BVerfGE 63, 332/337)

Ich nehme mal an, dass dieses Gesetz des BVerfGE für Dich und den Mitarbeitern im Amtsgerichts Auerbach Gültigkeit hat, da man ja sonst die Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz nicht anerkennen würde.

Ich bin auch keine Partei und keine Firma, ich bin ein Mensch!!!

Ich habe mit Dir keinen Vertrag und Du hast mir auch keine Vorschriften zu machen, bis wann ich eine Klageerwidern zu tätigen habe, noch sonst was. Wir stehen in keinerlei Geschäftsbeziehungen.

An Dir am Amtsgericht Auerbach und den Mitarbeitern im Amtsgericht Auerbach ergeht nachfolgender Beschluss:

**Beschluss
vom 21.02.2024**

1. Frau Edda Thomas am Amtsgericht Auerbach, Du wirst hiermit für schuldig gesprochen in dem Tatbestand Betrug, da Du durch Vorspiegeln falscher Tatsachen und Beweislagen einen Dritten einen Vermögensvorteil verschaffen möchtest. Von „hat“ kann hier nicht die Rede sein, da Du rechtswidrig und verfassungswidrig handelst. Der Versuch ist strafbar.
2. Das Endurteil von Dir wird für rechtswidrig, unzulässig, nichtig und als Verfassungswidrig erklärt.

3. Die Kosten für meinen Beschluss, der Auslagen für die Bearbeitung sowie für weitere Kosten trägt Frau Edda Thomas am Amtsgericht Auerbach und haftet hier mit ihrem Privatvermögen, da es keine Staatshaftung gibt.
4. Frau Edda Thomas hat in Ihrem Endurteil keine rechtskräftige und rechtsfähige Unterschrift geleistet, Beweis liegt von der Geschäftsstelle vor.
5. Frau Edda Thomas ist nicht staatliche Richterin am, im oder des Amtsgericht Auerbach, sondern nur nichtstaatliche Richterin am Amtsgericht Auerbach, also nichtstaatliche Richterin vor dem Amtsgericht Auerbach, also außerhalb des Amtsgericht Auerbach. Eine Lizenz der Alliierten für die Tätigkeit als Richterin liegt nicht vor.
6. Ein Nachweis des Amtsgericht Auerbach zur Aufnahme der Tätigkeit liegt nicht vor.

Gründe:

1. Öffentlich beglaubigte Abschriften gibt es nicht mehr, da das Gesetz betreffend Beglaubigung öffentlicher Urkunden in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 318-1, veröffentlichten bereinigten Fassung aufgehoben wurde.

Siehe Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 59, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007.

2. Die Rechtsfähigkeit und Rechtskraft des im Betreff genannten Endurteil fehlt, da das Endurteil keine rechtskräftige und rechtsfähige Unterschrift hat, was eine Justizbeschäftigte als Urkundsbeamtin (?) Pusch der Geschäftsstelle des Amtsgericht Auerbach schriftlich bestätigt hat.

Der Adressat muss sich bei dem zugesandten Schreiben überzeugen können, dass bei diesem ein Erklärungsbewusstsein und Erklärungswille gibt und nicht über ein irgendwo abgelegtes Schreiben, das er nicht zugesandt bekommen hat. Denn was man nicht zugesandt bekommen hat, hat auch keine Rechtswirkung, da man sich darauf nicht einstellen bzw. nicht reagieren kann. Das Erklärungsbewusstsein kann durch Erklärungsboten, wie zum Beispiel Abschriften und Ausfertigungen, nicht transportiert werden.

Dein Endurteil hat somit nach höchster Rechtsprechung keine Rechtswirkung auf mich und ist somit nichtig. Zumal eine Urkundsbeamtin bestätigt, dass keine Unterschrift selbst auf dem Original vorhanden ist, wobei diese selbst nicht rechtskräftig unterschreibt, da der Vorname fehlt und der Familienname nicht als Pusch gedeutet werden kann. Es sind bei der sogenannten Unterschrift keine Buchstaben zu erkennen und somit handelt es sich nicht um eine Unterschrift.

Unterschriftserfordernis und wie muss eine Unterschrift sein, siehe hierzu Anlage 2 und 3., die Inhalte dieses Beschlusses sind. *Satz wurde aus Versehen mit übermittelt.

3. Die mir zugesandten Schreiben der Firma Liquandum Capital GmbH sind nichtig und nicht rechtsfähig wegen fehlender rechtskräftiger Unterschriften. Erklärungsbewusstsein und Erklärungswille bilden mit dem Geschäftswillen eine Einheit, dies ist hier nicht gegeben. Die „Grundsatznorm“ des § 133 BGB fordert demnach nicht nur die Erforschung des Geschäftswillens, sondern automatisch auch die Erforschung desjenigen Bewusstseins, das den Erklärenden bei seiner Willenskundgabe leitet. Das Erklärungsbewusstsein kann durch Erklärungsboten, wie zum Beispiel Abschriften und Ausfertigungen, nicht transportiert werden. Bei der Zustellung eines Schriftstückes, gleich welcher Art an die Beteiligten, gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift des Verfassers. (vgl. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 - BVerwG 9 C 40.87 - BVerwGE 81, 32, <33>). Also der das Schriftstück verfasst hat und nicht der es kopiert, abschreibt usw., also der Urheber, Autor usw.

Da die Schreiben keine Unterschrift tragen wurden diese als Angebot gewertet. Auf Angebote muss man nicht reagieren.

4. Ebenfalls wurde keine Vollmacht der Firma Klarna Bank AB erbracht, um in deren Vertretung zu handeln. Wie auch vernommen werden konnte, liegt diese noch nicht mal dem Amtsgericht Auerbach vor.

5. Die Firma Klarna Bank AB kann keinen Beweis erbringen, dass ich diese Firma beauftragt habe. Ebenfalls haben derer Schreiben keine Unterschrift und sind somit nur Angebote.
6. Ich habe mit Check24 Vergleichsportal Shopping GmbH (Check24) sowie mit der Firma Klarna Bank AB keine Geschäftsbeziehungen, zumal ich diese beiden Firmen meide, da kenne ich zu viele schlechte Erfahrungen von anderen Menschen.
7. Auch von der Firma Amtsgericht Wedding gab es auf den zugesandten Schreiben keine Unterschrift, also diese Schreiben sind ebenfalls nicht rechtskräftig. Dies ist verständlich, da alliiertes Recht gilt.
8. Du entscheidest ohne Beweise, die eine Schuld beweisen sollen. Also mit Unrecht Recht erzeugen. Sowas lernt man wahrscheinlich in seinem juristischen Studium und als ehemalige Staatsanwältin von Chemnitz, Zwickau und Plauen, was entsprechend der Vergangenheit angenommen werden muss.
9. Du entscheidest ohne mündliche Verhandlung, da Dir bekannt ist, dass Du keine staatliche Richterin im Amtsgericht Auerbach bist und keine Lizenz der Alliierten besitzt und mir gegenüber nicht entscheiden darfst.
10. Du entscheidest ohne das Vorliegen einer Vollmacht der Firma Klarna für die Firma Liquandum Capital GmbH.
11. Die Zivilprozessordnung, auf die man sich beruft, hat keinen räumlichen Geltungsbereich und ist somit nichtig.

„Gerade diese Norm bewertet erst den unmittelbaren Eingriff in die Rechte des Betroffenen, muss also rechtsstaatlich in jeder Hinsicht einwandfrei sein.

Dazu gehört in erster Linie die unbedingte Klarheit und Nachprüfbarkeit ihres rechtlichen Geltungsbereiches“ (BVerfGE I C 74/61 vom 28. 11. 1963 / Bestimmtheitsgebot).

„Jedermann muss in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können, um sein Verhalten entsprechend darauf einzurichten.

Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.

Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, dass sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegend juristischem Inhalt hinreichend Verstehen.“ (BVerwGE 17, 192 = DVBl. 1964, 147 / Gebot der Rechtssicherheit).

12. Eine Berufung gegen dieses Urteil kann nicht eingelegt werden und wäre auch nicht zulässig, da dieses Endurteil in seinem ganzen nichtig und rechtswidrig sowie verfassungswidrig ist.
13. Im sogenannten Endurteil steht: „3. Das Urteil ist **vorläufig** vollstreckbar.“

Was bedeutet vorläufig?

Bedeutung als Adjektiv gesehen:

unzureichend, primitiv, schlecht und recht, mangelhaft, kümmerlich, aushilfsweise, dürftig, leidlich, unzulänglich, ungenügend.

Bedeutung als Objektiv gesehen:

von Zeit zu Zeit, stoßweise, versuchsweise, anfangs, als Versuch, zur Probe, einstweilen

Wenn ein Endurteil vorläufig vollstreckbar ist, dann kann es sich nie um ein Endurteil handeln. Hier muss doch die Schulbildung versagt haben oder es handelt sich um Augenwischerei bzw. vortäuschen falscher Tatsachen.

14. Die Anlage 1 mein vorausgegangenes Schreiben wurde nicht beantwortet, das beweist, das Du Parteien, also Firmen dienst und nicht dem Staat, also dem Volk mit seinem Gebieten. Dies beweist auch, dass Du keine staatliche Richterin bist.

Hinweis und zu gleich zur Förderung Eurer Bildung:

Früher wurden bei einer Gesetzgebung die Gesetze mit Vor- und Nachnamen derer benannt, die unmittelbar daran beteiligt waren, also die Verantwortlichen. Ebenfalls erhielten sie von diesen Verantwortlichen auch eine Unterschrift.

Warum ist dies nicht mehr so, seit der Existenz der BRD?

Da die BRD von Anfang an und auch weiterhin nicht regieren darf (**siehe Anlage 1**). Die Alliierten sprachen Folgendes der BRD aus: „... dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert.“

Dies bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland keinen Rechtsanspruch auf die Sektoren hat und diese auch nicht regieren darf und das von Anfang an!!!

Was auch zeigt, dass das Deutsche Reich weiterhin besetzt ist und auch weiterhin fortbesteht, wie es das **Bundesverfassungsgericht** im Urteil 2 BvF 1/73 vom 31.07.1973 festgestellt hat.

Dies bedeutet, dass die BRD keine, auch hoheitliche, Gesetze, Verordnung usw. gegenüber dem deutschen Volk erlassen kann und auch nicht darf. Das zeigt auch, warum Richter sehr böse werden, wenn man ihnen den Bundespersonalausweis zeigt (selbst erlebt).

Das Regierungsverbot der BRD, das von Anfang an besteht, geht aus einem Schreiben vom 8. Juni 1990 der Alliierten hervor, dass das Bundesministerium für Justiz veröffentlicht hat. Dieses Schreiben wurde an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl adressiert.

Mit diesem Schreiben sieht man erstmal, wie korrupt die Bundesrepublik Deutschland von Anfang ist und sich widerrechtlich sich am Eigentum des deutschen Volkes vergreift.

Sehr interessant ist auch der Artikel III des Kontrollratsgesetzes:

Art. III. „*Wer irgendwelche durch dieses Gesetz aufgehobenen Gesetze anwendet oder anzuwenden versucht, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.*“

Die strafrechtlichen Verfolgungen machen die Alliierten, da Staatsanwälte und Gerichte keine Lizenz der Alliierten haben.

Alexander Schalck-Golodkowski ist der Einzige, der vor einem ordentlichen Gericht verurteilt wurde, und zwar von den Alliierten.

Um einmal auf das Urteil des Zweiten Senats vom 25. Juli 2012 mit der Verfahrensnummer 2 BvF 3/11 -2 BvR 2670/11 -2 BvE 9/11 einzugehen.

Bundesverfassungsgericht hat festgestellt:

1. BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
2. Neues Wahlgesetz nichtig
3. Altes Wahlgesetz nichtig
4. Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
5. Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines gültigen Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung
6. Nach einer diesbezüglichen Rechtsprechung des **Bundesverfassungsgerichts** vom

25.07.2012 steht nunmehr endgültig fest, dass unter der „Geltung“ des Bundeswahlgesetzes - Ausfertigungsdatum von 07.05.1956 - noch NIE „ein verfassungsmäßiger Gesetzgeber“ am Werk war und somit insbesondere alle erlassenen „Gesetze“ und „Verordnungen“ seit 1956 nichtig und ungültig sind. So zum Beispiel ist das **Richtergesetz**, das Rechtspflegergesetz, das Beurkundungsgesetz, das OWiG und viele andere „Schein-Normen“ nichtig. Aus diesem Grund wurden einige Gesetze außer Kraft gesetzt bzw. deren räumlicher Geltungsbereich genommen um diese nichtig sowie ungültig zu machen, was auf Anordnung der Alliierten geschah.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit diesem Urteil **seine eigene Nichtigkeit und die Nichtigkeit der BRD als Rechtsstaat** bekanntgegeben.

Kommen wir mal zum Gesetz Nr. 2 Deutsch Gerichte.

Artikel IV — Wiederaufnahme der Tätigkeit seitens der Verwaltungs- und anderen zeitweilig geschlossenen Gerichte

7. Diese Gerichte sollen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wenn und soweit dies in schriftlichen Anordnungen der Militärregierung bestimmt wird.

Bemerkung:

Kein Gericht in den besetzten Sektoren hat eine schriftliche Anordnung der Militärregierung.

9. Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

Bemerkung:

Keiner von diesen genannten hat eine Zulassung von der Militärregierung erhalten und auch Du nicht.

Artikel IX – Strafen

1. Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Gesetzes wird im Falle der Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe, **einschließlich der Todesstrafe**, geahndet.

Bemerkung:

Die deutschen Richter wissen dies genau, da es hier eine Todesstrafe gibt und deshalb schreibt man immer „Richter amgericht“, also das sie davor sind und nicht im Gericht.

Aber dies ist ein völlig falsches Denken, denn es ist egal, ob ein Richter am Gericht oder im Gericht oder des Gerichts ist. Wer sich als Richter ausgibt, der muss mit der Todesstrafe der Alliierten rechnen.

Am Auto oder im Auto ist nun mal auch ein Unterschied. Aber Fahrzeugführer vor dem Auto oder Fahrzeugführer im Auto, Fahrzeugführer bleibt Fahrzeugführer.

Aber wie lautet das Sprichwort?

„Dessen Brot ich esse, dessen Lied muss ich singen.“

Aber was nützt da, wenn man dieses schlechte Brot isst und ein falsches Lied singt, wenn die Todesstrafe im Nacken sitzt?

Denke an den Nürnberger-Prozess der Zweite, der kommt, so wie bei Alexander Schalck-Golodkowski.

Kostenentscheidung:

Für die Bearbeitung deiner Schreiben werden Kosten von 35,00 Euro erhoben, diese sind per Post zu zusenden. Zu zahlen bis 29. Februar 2024.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sind keine Rechtsmittel einlegbar, da die Begründung unwiderlegbar ist. Sollte der Versuch unternommen werden Rechtsmittel einzulegen, diese sind dann bei den Alliierten einzulegen, da die Zuständigkeit bei diesen liegt. Hierbei sollte aber der Hinweis beachtet werden.

Anmerkung:

Anlage 1 ist Inhalt dieses Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen
Unterschrift auf Original

Name des Menschen:

Die Amtssprache ist Deutsch, somit dürfen alle Wörter, die es im Duden gibt, verwendet werden und stellen somit keine Straftat noch Ordnungswidrigkeit dar. Schrift ist eine bildliche Darstellung und kann somit niemand treffen noch töten. Nur der Betrachter der Schrift kann sich selbst treffen, aber nicht die Schrift den Betrachter.

Eine Postsendung gilt grundsätzlich erst dann als empfangen, wenn der Empfänger diese empfangen hat. Nur er hat eine Wahrnehmung ob und wann eine Postsendung für ihn tatsächlich empfangen wurde, sowie angesichts es sich um eine Terminalsache handle. Ein Postweg ist erst abgeschlossen mit dem Empfang des Empfängers, denn dieser ist angeschrieben und nicht der Briefkasten. Ein Briefkasten hat keine Wahrnehmung und Willen!

Der Mensch ist subjektiv, der Briefkasten ist objektiv, Beides ist weder das Gleiche noch dasselbe!

Mit der Zusendung von Post, wird der Mensch angeschrieben und nicht der Briefkasten.

Eine Person kann man nicht anschreiben und auch nicht etwas zusenden, nur etwas zu weisen.

Anlage 1

Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990 ... (BGBl. I S. 1068)

Bonn, le 8 juin 1990

Monsieur le Chancelier,

Nous souhaitons vous faire savoir que les trois Puissances occidentales ont reexamine certains aspects de leurs reserves a l'egard de la loi fondamentale, a la lumiere des recentes evolutions intervenues en Allemagne et dans la situation internationale.

Les reserves des trois Puissances occidentales, concernant les elections directes au Bundestag et le plein droit de vote des representants de Berlin au Bundestag et au Bundesrat, visees en particulier dans la lettre du 12 mai 1949 approuvant la loi fondamentale, sont desormais levees.

La position des Allies, selon laquelle "les liens entre les secteurs occidentaux de Berlin et la Republique federale d'Allemagne seront maintenus et developpes, compte tenu de ce que ces secteurs continuent de ne pas etre un element constitutif de la Republique federale d'Allemagne et de n'etre pas gouvernes par elle", demeure inchangee.

Nous vous prions d'agreer, Monsieur le Chancelier, les assurances de notre tres haute consideration.

Pur le gouvernement de la Republique Francaise:

Serge Boidevaix

Pour le gouvernement du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Sir Christopher Mallaby

Pour le gouvernement des Etats-Unis d'Amerique:

Vernon A. Walters

Son Excellence

Dr. Helmut Kohl

Chancelier de la Republique federale d'Allemagne

Richtige Übersetzung:

Bonn, den 8. Juni 1990

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, dass die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, "dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden", bleibt unverändert.

Bitte akzeptieren Sie, Herr Bundeskanzler, die Zusicherung unserer höchsten Hochachtung.

Für die Regierung der Französischen Republik

Serge Boidevaix

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland

Sir Christopher Mallaby

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Vernon A. Walters

Seiner Exzellenz

Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland